



03.05.2020

Dr. Rolf Mützenich MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Wird Deutschland Grundrechtsverpflichteter durch Covid-19 Hilfen?

Sehr geehrter Herr Dr. Mützenich,

der Neustart unserer Wirtschaft nach Covid-19 ist von entscheidender Bedeutung für unsere Region sowie für Europa. In den nächsten Wochen werden Sie und Ihre Partei im Bundestag über staatliche Finanzhilfen in Milliardenhöhe mitentscheiden.

Gestern stellten die New York Times und Zeit Online die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie der Universität Wageningen (Niederlande) vor, die sehr viel stärkere Fluchtbewegungen durch den Klimawandel prognostiziert, als bisher angenommen wurden.

Schon in 50 Jahren könnten bei Voranschreiten des Klimawandels auf dem derzeitigen Erwärmungspfad 3,5 Milliarden Menschen in Gebieten leben, "in denen die jährliche Durchschnittstemperatur mehr als 29 Grad Celsius beträgt. Damit befänden sie sich außerhalb der klimatischen Nische, die der Mensch seit mindestens 6.000 Jahren bewohnt." (Zeit Online 4.5.20)

Ebenfalls berichtete Spiegel Online gestern darüber, dass relevante große Investoren wie Allianz, Deutsche Bank, Volks- und Raiffeisenbanken, Blackrock, internationale Großbanken wie BNP Paribas oder UBS von der Politik „einen scharfen Klimaschutz beim Neustart der Wirtschaft“ verlangen, da weitere Klimagasemissionen zu massiven volkswirtschaftlichen Verlusten führen werden.

Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Finanzindustrie steht die Bekämpfung der Klimakrise und des Artenschwundes inzwischen mit höchster Priorität täglich auf der Tagesordnung.

Sie können dies an einigen bemerkenswerten Ereignissen in diesem Jahr festmachen. Die Veränderungen können wir als disruptiv hinsichtlich Narrativ und bei den Finanzströmen charakterisieren:

Auch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung will eine lebenswerte Zukunft erhalten. Eine kürzlich von Ipsos durchgeführte Umfrage unter 14 Ländern zeigt, dass durchschnittlich 65% der Menschen wünschen, dass der Kampf gegen die Klimaerhitzung gegenüber der wirtschaftlichen Erholung Vorrang hat.

Mit den Entscheidungen über diese Finanzhilfen stellen Sie jetzt maßgebliche Weichen, die weit in die Zukunft hineinwirken. Als Eltern verfolgen wir die Entwicklungen dazu derzeit daher mit großer Aufmerksamkeit und voller Erwartung.

Wir möchten dieses Schreiben nutzen, um Ihnen folgende Fragen zu stellen:

- Wann und wie wollen Sie die weitere Abwanderung von Arbeitsplätzen in den Schlüsselindustrien der Zukunft (z.B. Solar- oder Windenergie) verhindern?
- Inwiefern berücksichtigen Sie die auf der Earth Day Konferenz 2020 vorgestellten Lösungen für Köln?
- Wie wollen Sie den umfassenden Ausbau von PV/Solarthermie auf allen geeigneten städtischen und nichtstädtischen Dachflächen in Köln vorantreiben?
- Was tun Sie zur Stärkung der Fuß- und Fahrradverkehrsinfrastruktur? Unser Köln hat massiven Nachholbedarf gegenüber anderen Großstädten.

Der mit Verbrennungsmotor ausgestattete Individualverkehr wird durch restriktive Maßnahmen von Großstädten wie Paris oder Mailand oder durch Gerichtsentscheidungen aus den Innenstadtbereichen spätestens bis Mitte der 20er Jahre verbannt.

Diese disruptiv veränderten Rahmenbedingungen haben große Auswirkungen auf das bisherige Geschäftsmodell der deutschen Automobilindustrie.

- Welche Vorgaben für die Mittelvergabe an die deutsche Automobilindustrie werden Sie fordern?
- Wie berücksichtigen Sie bei der Vergabe Kosten für zukünftige Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschäden?

Wir setzen auf Ihren politischen Mut: Wagen Sie jetzt konsequenten Klimaschutz!

Der Weg ist bereitet: die Probleme sind bekannt, zahlreiche Lösungen gefunden. Das Geld ist da und sogar die Bereitschaft vieler Unternehmen, die die Transformation in eine Zukunft ohne fossile Energie schnellstmöglich durchführen wollen. Es ist eine historische Chance.

Wir freuen uns über Ihre Antwort bis zum 8. Mai 12:00 Uhr.

Wir werden Ihre Antwort bei unserer Klimamahnwache mit Kölle for Future, voraussichtlich am 8. Mai um 18:00 Uhr auf dem Heumarkt in Köln ganz oder teilweise öffentlich verlesen.

Da wir leider nicht persönlich nach Berlin kommen können, senden wir Ihnen eines unserer Protestplakate als Bild.

Weiterhin legen wir Ihnen einige Hintergrundinformationen bei.

Die Pressestelle von Parents for Future Deutschland e.V. erhält dieses Schreiben als Kopie.

Mit freundlichen Grüßen